

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die Sachsen-Zeitung erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Ausgabestellen 2.— Mark im Monat, bei Zustellung durch dieboten 2.30 Mark, bei Postbehebung 2.50 Mark. Einzelnummern 15 Pf. (boten sowie unsere Kontrakte) werden nach Möglichkeit abgegeben. Bei Abnahme von mehr als 1000 Exemplaren werden besondere Bedingungen entgegen genommen. Bei Fernbestellung sind die Postgebühren zuzurechnen. Bei Fernbestellung sind die Postgebühren zuzurechnen. Bei Fernbestellung sind die Postgebühren zuzurechnen.

Anzeigenpreis: die 10-spaltige Normzeile 20 Goldmark, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldmark, die 3-spaltige Reklamazeile im ersten Teil der Zeitung 100 Goldmark. Nachweisungsgebühr 20 Goldmark. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers untersagt. Fernruf übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers untersagt.

Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Roffen u. a.

Nr. 64 — 83. Jahrgang. Tel.-Nr.: 1. Geschäftsamt Wilsdruff-Dresden. Post-Nr.: Dresden 2640 Sonnabend 14. März 1924

Aufruf an alle Deutschen im In- und Auslande ohne Unterschied der Partei!

Das sich steigende Auftreten des Auslandes gegen das Versailler Diktat und die Schuldfrage in letzter Zeit machen den Kampf gegen beide sturmreif. Die Neuierungen des Amerikaners Herron, des Franzosen Renaud in der „Humanite“, die internationale Kundgebung in Berlin, die Feststellung des Senators Owen in Washington, daß Deutschland mit allen Mitteln den Kriegsausbruch zu verhindern gesucht hat, und schließlich der Ausspruch des englischen Ministers Henderson, daß die Urheber dieses Diktats die Geschichte verhöhnten, reden eine deutliche Sprache.

Der Außenminister Stresemann hat zu verschiedenen Malen als Reichskanzler, aber auch in seiner jetzigen Stellung sein Interesse für die Schuldfrage bekundet. Warum hat er in seiner letzten Rede darüber geschwiegen? Warum hat er auf die beleidigenden Worte Millerands an den deutschen Botschafter von Hoersch es unterlassen, in schärfster Weise gegen die erneut vorgebrachte Lüge von Deutschlands Kriegsschuld Front zu machen? Hier war endlich die amtliche Gelegenheit geboten!

Was geht vor! — Man ist damit beschäftigt, das Betriebskapital des deutschen Volkes, die Goldnotenbank, die Eisenbahn, kurz die Reste unseres Wirtschaftslebens nach der Anweisung ausländischer Sachverständiger dem Auslande auszuliefern, um den Schandfrieden zu erfüllen, obwohl wir zur Erfüllung nicht verpflichtet sind. Vollkommen unannehmbar sind die Vorschläge über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle stehen bevor, weil dadurch eine neue Instanz geschaffen würde, die im Versailler Vertrag nicht vorgesehen ist und die Militärkontrolle ver-

ewigen würde. Es ist für alle Deutschen, welche die Mentalität der Franzosen kennen, vollständig unfaßbar, wie noch immer ein deutscher Außenminister an eine Verständigung mit Frankreich glauben kann, ohne daß damit eine vollständige Unterwerfung Deutschlands verbunden wäre.

Deutsche Männer und Frauen! Möchte es jedem Deutschen klar werden, daß sich das deutsche Volk keinerlei neue Verpflichtungen auflegen lassen darf. In fast fünfjähriger angestrengtester Arbeit hat sich die Zentralstelle für die Erforschung der Kriegursachen bemüht, altkundig und unwiderlegbar festzustellen, daß Deutschland keine Schuld an der Entstehung des furchtbaren Weltkrieges trifft, vielmehr daß die Schuld bezw. die Absicht, diesen Weltkrieg zu entfachen, auf die Feindmächte zutrifft. Diese mühevollen und opferwilligen Arbeit zur Rettung unserer Ehre und zur Wiedererlangung unseres Wohlstandes ist umsonst, wenn sich Deutschland neue Verpflichtungen gefallen läßt, durch die der Versailler Vertrag erneut befestigt würde. Deshalb muß das deutsche Volk auch den Eintritt in den Völkerbund grundsätzlich ablehnen, da derselbe nichts anderes als ein Machtmittel des französischen Imperialismus gegenüber Deutschland darstellt.

Deutsche Wähler!

Es ist keine Zeit zu verlieren, sonst ist alles verloren! Die Reichstagswahl steht vor der Tür. Sorgt dafür, daß kein Abgeordneter in den neuen Reichstag gewählt wird, der nicht seine Person und seine Ehre dafür fest entschlossen einsetzt, daß die Reichsregierung die Revision des Versailler Diktats unter dem ausdrücklichen Widerruf des Schuldbek-

kenntnissen von den alliierten Mächten fordert und mit größter Energie durchsetzt!

Eine ungeheure Menge von Unterschriften für diese Forderung sind bereits vorhanden und für Millionen derselben sind die Listen im Volke im Umlauf. Deutsche helft alle mit, das Werk rasch zu vollenden, keiner darf fehlen, ohne Unterschied der Partei.

Muster für die Listen und Richtlinien für die Unterschriftensammlung sind bei dem unterzeichneten Ausschuss zu haben.

In jedem Ort des Vaterlandes, wo es noch nicht der Fall ist, müssen sich Ausschüsse bilden.

Die Unterschriftensammlung soll der Regierung das Rückgrat stärken, endlich vor der ganzen Welt für die Ehre und das Wohl des gesamten deutschen Volkes einzutreten. Nur einer Regierung, welche ihre höchste und heiligste Aufgabe darin sieht, sich für diese, unsere wichtigste Lebensaufgabe mit ganzer Kraft einzusetzen, darf das Volk sein Vertrauen entgegenbringen. Nur ein Weltgericht aller Staaten unter dem Vorsitz der Neutralen kann ein gerechtes Urteil fällen.

Ueber diejenigen führenden Persönlichkeiten, die sich der Mitwirkung aus Parteirücksichten, oder weil sie „wichtigere Dinge“ vorschügen, entziehen, wird die Geschichte als über die Totengräber des deutschen Reiches das verdiente Urteil fällen.

Der Aufklärungsausschuss betreffend die Kriegsschuldfrage Langebrück bei Dresden, Hermannstraße 4.

Der Leiter: gez. Albrecht von Buttler.

Die Auflösung des Reichstages.

(411. Sitzung.) CB. Berlin, 13. März.

Um 3.13 Uhr heute nachmittag wurde der Reichstag durch den Reichskanzler Dr. Marx für aufgelöst erklärt.

Die Tagesordnung der letzten Sitzung, zu der die Abgeordneten und auch die Tribünenbesucher außerordentlich zahlreich erschienen waren, wies noch eine große Mannigfaltigkeit auf. Doch wußte man, daß nur die ersten Punkte erledigt werden würden und daß beim Beginn der Abstimmung über die Anträge zur großen politischen Aussprache sich das Schicksal des Hauses erfüllen würde. An gesetzgeberischen Maßnahmen wurden eigentlich nur die Vorlage über die Golddiskontbank verabschiedet.

Von den verschiedenen Bankfachverständigen des Hauses wurden noch allerlei Wünsche geäußert, der Entwurf aber schließlich im allgemeinen gutgeheißen. Was folgte, waren schließlich Schlussabstimmungen, die man wegen zu schlechten Besuchs des Hauses in den letzten Tagen nicht früher vornehmen konnte. So wurde dem Reichspostminister eine Besetzung und dem Notariat die endgültige Weisung gegeben. Da man jedoch die Abgeordneten nicht ohne Scheitern nach Hause schicken wollte, so bewilligte das Haus einen Antrag der Mittelparteien und der Sozialdemokraten, daß den Abgeordneten wenigstens die

Freisafahrtkarten bis zu den Neuwahlen gesichert bleiben. Ein Antrag der Bayerischen Volkspartei, den 12. April zu einem öffentlichen Feiertag zu erklären und so die Wahl an diesem Tage zu ermöglichen, wurde abgelehnt. Dagegen wurde angenommen ein Antrag der bürgerlichen Parteien, während der Osterzeit die Wahlversammlungen einzuschränken. Inzwischen war der Reichskanzler auf seinem Platze erschienen, während die gesamten Minister schon vorher auf ihren Plätzen sich einschanden hatten. Als Präsident Lohde den 12. Punkt der Tagesordnung aufrief, der die Entscheidung über das Schicksal der Anträge über das Ermächtigungsgesetz bringen sollte, erhob sich der Reichskanzler und schritt zur Tribüne, wo er in kurzen einleitenden Worten den Standpunkt der Regierung darlegte, der dahin geführt hätte, vom Reichspräsidenten die Auflösungsorder zu erbitten. Der Reichskanzler verlas diese und erklärte damit den Reichstag für aufgelöst.

Die Kanzlerrede wurde wiederholt von den Kommunisten und von dem Abg. Ledebour mit lauten Zwischenrufen unterbrochen. Die Verteilung der Auflösungsorder wurde von der Rechten mit Beifall aufgenommen.

Präsident Lohde meinte nach Schluß der Kanzlerrede, daß nach dieser Mitteilung die Aufgabe des Reichstages abgeschlossen sei. Es folgte zum Schluß die übliche Dankagung an den Präsidenten Lohde, die diesmal der Zentrumsausschuss durch den Reichskanzler Dr. Marx ausbrachte, und der Dank des Reichspräsidenten an seine Mitarbeiter. Der Präsident sprach dabei den Wunsch aus, daß das deutsche Volk bei den Wahlen, angeleitet durch innere und äußere Gewalt, frei seinem Willen Ausdruck geben könne, und schloß mit einem Hoch auf das deutsche Volk und die deutsche Republik, in das das Haus und auch die Tribünen einstimmten.

Reichskanzler Marx vor der Presse.

Berlin, 13. März. Reichskanzler Marx empfing heute kurz nach Schluß der Plenarsitzung des Reichstages die Vertreter der deutschen und der ausländischen Presse, um ihnen ausführlich die Gründe darzulegen, die die Reichsregierung zur Auflösung des Reichstages bewogen haben. Der Reichskanzler führte etwa folgendes aus: Die Auflösung des Reichstages ist deshalb von der Reichsregierung vorgenommen worden, weil die Reichsregierung es nicht zugeben kann, daß das mühsam zustande gekommene Werk der Gesundung, das durch die Notverordnungen dargelegt ist, gefährdet oder erschüttert wird. Wir sind uns vollkommen klar darüber, daß wir in den kommenden Wochen und Monaten, wie gerade im Hinblick auf die Außenpolitik einen arbeitsfähigen Reichstag sehr notwendig haben werden, insbesondere werden die Gutachten der Sachverständigenkommissionen, die sicher nicht so günstig sind, wie wir es gewünscht haben, den Eingriff der Gesetzgebung notwendig machen. So, wie die Dinge in der letzten Zeit aber lagen, war an eine ersprießliche Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Reichstag nicht mehr zu denken. Es hat zwar keine besondere Zuspitzung der Lage gegeben, es war aber seit Wochen für jeden Beobachter der politischen, parlamentarischen Verhältnisse klar, daß die Auflösung der einzige Ausweg blieb. Es ist falsch, zu glauben, daß die Regierung die Anregungen, die in den Anträgen der Oppositionsparteien liegen, nicht zu berücksichtigen und völlig zu ignorieren gewillt sei. Verbesserungen der Verordnungen werden vorgenommen werden, sobald die wirtschaftliche Lage gesichert ist. Der Reichskanzler schloß mit einem Appell an die Presse, die jetzt ganz besonders schwierige Aufgaben dem Volke gegenüber zu erfüllen habe. Er forderte sie auf, dafür zu sorgen, daß die Wahlkämpfe von allen Seiten zu geführt werden, daß nicht noch weitere Zerküftigungen unseres Volkes herbeigeführt würden.

Der letzte Atemzug.

Aus Parlamentskreisen wird uns über die Augenblicke kurz vor der Auflösung geschrieben:

„Reichstag, ade, Scheiden tut weh,“ so klingt es spöttisch durch die Reihen der Unbeteiligten, die von den Tribünen herab der letzten Sitzung des Reichstages beiwohnen. Und wenn man durch die Wandelhalle geht, so kann man auf dem Gesicht manches Abgeordneten gewisse hypochondrische Züge entdecken, kann man die traurige Gewandtheit ablesen, daß er sich neue Wüstentouren aber ohne das stolze „W. d. R.“ demnächst wird kaufen müssen. Vielleicht ließe sich die Sache auch etwas billiger machen, indem er sich auf die alten Besuchskarten ein „a. D.“ hinter seinem Titel anfügen läßt. Ja, ja, scheiden tut weh.

Es heißt, dem deutschen Volke tut die Auflösung des Reichstages weiter gar nicht weh. In lange schon war er aufrüchungsreif; er starb so langsam, so allmählich dahin, daß schließlich doch ein Seufzer der Erleichterung die einzige Äußerung darauf ist. Er hat ja noch ein kleines Sensationsstück gehabt, das aber eigentlich auch schon längst erwartet war, nämlich der Abmarsch des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei von dem linken Flügel. Wenn man abergläubisch war, so konnte man das prophezeien, denn seit dem 20. Februar ist auf den Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei im Reichstagsrestaurant „das Fischchen zerhackt“: der lange Fisch wurde nämlich geteilt und die Propheten sagten, daß dies ein böses Vorzeichen für den inneren Zusammenhalt der Partei bedeutete.

Schiller war der zitierteste Mann. Freilich man zitierte ihn nicht ganz genau, sondern sagte: „Alle nicht, die beimwärts ziehen, werden sich der Rückkehr freuen.“ Der Nächste nämlich in die oft so mißbilligten Hallen des Reichstages. Er ist ja der erste Reichstag, den wir seit 1918 gehabt haben, wie ihn die neue Verfassung vorschrieb. Aber in diesen vier Jahren hat er es verstanden, ganz allgemein von rechts bis links, die Erwartungen zu enttäuschen, die man in den Junitagen 1920 an ihn geknüpft hat. Immer und immer wieder war er der Schauplatz häßlicher Antritte, und er hat den zweifelhaften Ruh, daß er zum ersten Male den Präsidenten von Abgeordneten untereinander sah. Sein Auf wurde immer weniger sein, und ein Engländer, der einmal einer Sitzung beiwohnte, drehte sich entrüstet zu seinem deutschen Begleiter herum und sagte zu ihm: „Aber die Leute prügeln sich ja gar nicht.“ Es war nämlich die Verteilung irgend eines besonders langweiligen Stoffs und etwa 10 Abgeordnete bevölkerten den Saal.

Reichstag, ade, Scheiden tut weh. Der einzeln Aufriedene

